

17.19

Abgeordneter Josef Schellhorn (NEOS): Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Karlheinz Kopf, weil du vorhin die Rede unserer Parteivorsitzenden Beate Meini-Reisinger angesprochen hast: Ja, es ist uns ernst, es ist uns todernst, es ist sogar bitterer Ernst. *(Zwischenruf des Abg. Kopf.)* – Nein, ich will dir das jetzt erklären. Es ist uns nämlich insofern bitterer Ernst – dagegen ist Bittersalz ein Karamellzucker! –: Was ist passiert? Was ist passiert mit Herrn Schmid, damals am 31. Jänner, an dem er Nachrichten an Herrn Neumann oder wen auch immer geschickt hat, mit dem Suchtverhalten - - *(Abg. Kopf – ein Schriftstück in die Höhe haltend –: Das hat nichts mit diesem Antrag und mit dem Tagesordnungspunkt zu tun! – Abg. Meini-Reisinger: Natürlich hat das was damit zu tun!)*

Natürlich hat es etwas damit zu tun, weil man es über die FPÖ über Wien mit dem Gesetz betreffend das kleine Glücksspiel regeln wollte, und das ist dann das Suchtverhalten. So einfach ging es.

Es ist halt dann aufgetaucht. Es ist halt aufgrund der Dummheit der FPÖ ans Tageslicht gekommen, dass es da einen Whatsapp-Verkehr gibt. Da kann die ÖVP nichts dafür. Man könnte aber sagen, man könnte über die Struktur der Öbag und über die Funktion des damaligen Generalsekretärs Schmid, der ermöglicht hat, dass so etwas passiert, reden. Das ist Fakt und das ist eine Tatsache.

Darum, Herr Minister, glaube ich, dass wir das in der Diskussion auch ganz klar trennen müssen. Wir müssen zwischen Aufsicht, Glücksspielgesetz und Casinos Austria AG trennen. Der Regulator kann nicht auch der Eigentümer sein, der die Einnahmen an sich nimmt, das funktioniert nicht. Darum ist es mir angesichts dessen als Steuerzahler oder wenn es um die Verantwortung des Bundes geht, relativ egal, ob das die Sazka ist, ob das Tschechen, Italiener oder was weiß ich, welche Nation sie verkörpern, sind, wenn sie die Steuern zahlen. Mir geht es um die 600 Millionen Euro an Steuereinnahmen, während bei der Casinos Austria AG ja Dividenden von satten 5 Millionen Euro ausgeschüttet werden, und Herr Hoscher, der Flaneur vom Rennweg, geht mit 1,2 Millionen Euro spazieren. Und dann sprechen wir noch über den Vorfall Sidlo.

Das sind Unanständigkeiten, die beim Öbag-Gesetz etwas mit dem Aufsichtsrat und mit der Funktion des Aufsichtsrats und nichts mit dem Glücksspielgesetz zu tun haben, das muss getrennt werden. Fakt ist – da möchte ich Herbert Paierl zitieren, den Sie *(in Richtung ÖVP)* ja alle gut kennen –: „Wenn der Staat als Eigentümer kein Stahlwerk

braucht, wozu braucht er ein Staatscasino?“ (*Zwischenruf des Abg. Vogl.*) – Was haben wir davon?

Wenn er 600 Millionen Euro an Steuern zahlt, dann muss es dafür auch eine satte Regelung geben (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Vogl*), eine Gesetzgebung, was das Glücksspielgesetz betrifft. Da sind unser Vorpreschen und der Antrag von Steffi Krisper besonders wichtig. Ich verbitte es mir aber, dass man Beate Meini-Reisinger Polemik vorwirft. Es ist bitterer Ernst, was da passiert ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Es ist bitterer Ernst, was der Aufsichtsrat beziehungsweise der Generalsekretär – damals Thomas Schmid – am 31. Jänner gemacht hat, und das gehört zum Beispiel im Untersuchungsausschuss sozusagen beleuchtet.

Wichtig ist, und das möchte ich zum Schluss noch einmal sagen: Es muss – noch einmal – klar, und zwar ganz klar, zwischen der Aufsicht, das heißt der Gesetzgebung, dem Glücksspielgesetz an und für sich und der Casinos Austria AG unterschieden werden. Das darf man nicht vermischen.

Es kommt dann halt immer wieder zum Tragen, dass man da ein bisschen Polemik hineinmischt, dass man versucht, ein bisschen etwas glatt zu rühren, aber Fakt ist, dass der Postenschacher damals ungeniert weiterging und nach wie vor voranschreitet. Da werden Versuche gestartet.

Bei Sidlo darf man auch noch eines sagen: Er klagt ja beziehungsweise will er über das Arbeitsgericht nun etwas einklagen. Da warten wir einmal, was noch kommt, was noch an Lebensläufen auftaucht.

Eines ist am Ende meines Diskussionsbeitrages schon festzuhalten: Das mit der Handkassa bei der Casinos Austria AG für die drei Mittelparteien muss sich im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufhören! (*Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der Grünen. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

17.23

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Scheucher-Pichler. – Bitte.